

Tabak-Arbeiter

Nr. 39 / Bremen, den 26. September 1931

Organ des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes

Der Tabak-Arbeiter erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis monatlich 40 Pf. ohne Bringelohn. — Anzeigenpreis 50 Pf. für die viergespaltene Millimeterzeile. Schluß der Redaktion und der Anzeigenannahme Montag. Schriftleitung: Ferdinand Dahms. Verantwortlich für den redaktionellen Teil Heinrich Borag, für die Anzeigen Oswald Franz. Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-Verband, Ferdinand Hufung. — Druck: Bremer Buchdruckerei und Verlagsanstalt J. H. Schmalfeldt & Co. Sämtlich in Bremen.

Verbandsvorstand, Redaktion und Expedition: Bremen, An der Weide 20. Telefon: Amt Domsheide 20780. Geld- und Einschreibungen an Johannes Krohn, Postfach 5349 beim Postfachamt Hamburg. Bankkonto: Bankabteilung der Großhandlungsgesellschaft deutscher Consumvereine m. b. H., Hamburg, und Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Filiale Bremen. Verbandsvorsitzender: Ferdinand Hufung, Bremen, An der Weide 20. Verbandsauschussvorsitzender: L. Schöne, Hamburg, Besenbinderhof 57, Zimmer Nr. 24.

Wo bleiben die Frauen?

Als der Vorstand des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes die Wahl der Delegierten zum 13. Internationalen Tabakarbeiter-Kongreß und zum 14. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands ausgeschrieben hatte, wiesen wir im „Tabak-Arbeiter“ Nr. 20 darauf hin, daß es bei der verhältnismäßig großen Zahl von weiblichen Mitgliedern durchaus angebracht sein dürfte, einmal mit der Gewohnheit zu brechen, nur männliche Mitglieder zu derartigen Kongressen zu delegieren. Mehr zu sagen, wäre damals nicht angebracht gewesen, wollten wir uns nicht der Gefahr aussetzen, die Aufstellung der Kandidaten und die Wahl der Delegierten in unzulässiger Weise beeinflusst zu haben. Jetzt bestehen diese Hemmungen nicht mehr: die genannten Kongresse gehören der Vergangenheit an, und bis zur nächsten Wahl vergeht, wenn nicht außergewöhnliche Verhältnisse eine frühere Abhaltung des 21. Verbandstages erforderlich machen, mindestens noch ein Jahr. Wir brauchen also mit unserer Meinung nicht hinter dem Berge zu halten.

Um was handelt es sich? Von den 77 Delegierten des Münchener Verbandstages im Jahre 1928 waren sieben oder 9,09 v. H. weiblichen Geschlechts. Zum 13. Internationalen Tabakarbeiter-Kongreß in Stockholm wurde neben vier Kollegen eine Kollegin delegiert, und unter den fünf Delegierten, die unser Verband zum 14. Gewerkschaftskongreß in Frankfurt a. M. zu entsenden hatte, war überhaupt keine Kollegin. Auch auf dem Hamburger Gewerkschaftskongreß vor drei Jahren bestand die Delegation des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes nur aus männlichen Mitgliedern. Der Kollegin Wolf gab das Anlaß, dem Münchener Verbandstag, der die Wahl vollzogen hatte, folgende Vorhaltungen zu machen:

Es ist in diesen Tagen erneut zum Ausdruck gekommen, daß mehr danach gestrebt werden müsse, die weiblichen Berufsangehörigen zu erfassen und weibliche Funktionäre für die Agitation unserer Organisation zu gewinnen. Soweit wir bisher tätig waren, wollen wir diesen Wünschen gern folgen. Dann darf aber auch erwartet werden, daß dem Charakter der Organisation in jeder Beziehung entsprochen wird. Wir haben 82 Prozent weibliche Mitglieder in unserem Verband, und wäre gestern nicht der Umstand zu verzeichnen gewesen, daß die Kollegin Stoß zur Wiederherstellung ihrer Gesundheit in Kur muß und ich unabhörmlich bin, dann wäre eine Debatte über die Delegation zum Hamburger Gewerkschaftskongreß entstanden. Wenn man auf der einen Seite verlangt, daß mehr weibliche Berufsangehörige erfasst werden sollen, dann muß das auch bei Delegationen zum Ausdruck kommen.

Soweit die Ausführungen der Kollegin Wolf, deren Berechtigung wohl von keiner Seite bestritten werden kann. Genügt haben sie allerdings nicht viel; denn auch zum Gewerkschaftskongreß in Frankfurt a. M. ist keine Kollegin gewählt worden, obgleich die weiblichen Mitglieder es diesmal in der Hand gehabt hätten, sich eine ihrer Bedeutung entsprechende Vertretung zu sichern. Dabei steht der Deutsche Tabakarbeiter-Verband mit seinen 78 v. H. weiblichen Mitgliedern im Jahre 1930 von allen dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Organisationen an führender Stelle. Erst in weiterem Abstand folgen dann — wir nennen nur die Verbände mit vorwiegend weiblichen Mitgliedern — die graphischen Hilfsarbeiter mit 62,9 v. H., die Buchbinder mit 62,8 v. H., die Hutarbeiter mit 62,6 v. H., die Textilarbeiter mit 57,2 v. H. und die Bekleidungsarbeiter mit 50,1 v. H. Angehörigen weiblichen Geschlechts. Von ihnen war der Textilarbeiter-Verband durch sechs und der Bekleidungsarbeiter-Verband durch ein weibliches Mitglied auf dem Frankfurter Gewerkschaftskongreß vertreten. Außerdem

hatten noch der Gesamtverband zwei weibliche Mitglieder und die Verbände der Fabrikarbeiter, Landarbeiter und Metallarbeiter je ein weibliches Mitglied delegiert. Berücksichtigt man dazu, daß den zuletzt genannten Organisationen mehr Männer als Frauen und Mädchen angehören, dann fällt der Vergleich für den Deutschen Tabakarbeiter-Verband mit seinen annähernd vier Fünftel weiblichen Mitgliedern nicht sehr günstig aus.

Aus alledem ergibt sich, daß nach Mitteln und Wegen gesucht werden muß, um den weiblichen Mitgliedern für die Zukunft eine stärkere Vertretung bei Delegationen zu Konferenzen, Verbandstagen und Kongressen zu sichern. Dabei sind wir weit davon entfernt, nun etwa vorzuschlagen, daß die zu vergebenden Mandate auf die weiblichen und männlichen Verbandsangehörigen entsprechend ihrer zahlenmäßigen Stärke verteilt werden sollen. Nichts wäre verkehrter als das. Bei allen Delegationen muß die Eignung der in Vorschlag zu bringenden und zu wählenden Mitglieder in den Vordergrund gestellt werden, und nicht deren Geschlechtszugehörigkeit. Aber auch unter Beachtung dieses Grundsatzes müßte es mit dem Teufel zugehen, wenn es nicht möglich wäre, die weiblichen Mitglieder bei künftigen Delegationen mehr als bisher zu berücksichtigen.

Dasselbe gilt sinngemäß für die Zahlstellenverwaltungen, Betriebsvertretungen usw. Auch hier haben die Kolleginnen noch lange keine ihrer Bedeutung entsprechende Vertretung. So waren am Ende des ersten Vierteljahres 1930 die weiblichen Mitglieder nur in 133 von 386 Zahlstellenverwaltungen unseres Verbandes durch 238 Kolleginnen, also in durchaus unzulässiger Weise, vertreten. Nicht viel besser sieht es in den Betriebsvertretungen aus. Vor uns liegt eine Zusammenstellung über 424 Betriebe der Tabakindustrie, die im verfloßenen Frühjahr 49 824 Arbeiter, darunter 39 574 weibliche beschäftigten. Gewählt wurden in diesen Betrieben von 1721 Arbeiterratsmitgliedern nur 713 weibliche. Es ist also durchaus berechtigt, wenn wir uns dafür einsetzen, daß den weiblichen Mitgliedern bei Delegationen, in Zahlstellenverwaltungen und Betriebsvertretungen eine stärkere Vertretung gesichert wird.

Um eine Mißdeutung unserer Ausführungen zu verhindern, möchten wir darauf hinweisen, daß mit ihnen keineswegs beabsichtigt ist, gegen die männlichen Delegierten und Funktionäre, die bislang für unseren Verband tätig waren, den Vorwurf zu erheben, sie hätten in irgendeiner Beziehung ihre Pflicht nicht erfüllt. Nichts liegt uns ferner als das, und nichts wäre unberechtigter als das. Uns kommt es einzig und allein darauf an, die weiblichen Mitglieder zu einer größeren Aktivität anzusporren, damit sie sich eine ihrer Bedeutung entsprechende Vertretung bei den kommenden Wahlen der Zahlstellenverwaltungen, der Betriebsvertretungen, der Verbandstagsdelegierten usw. sichern. Voraussetzung dazu ist natürlich, daß die Kolleginnen sich mehr als bisher organisatorisch und agitatorisch für den Deutschen Tabakarbeiter-Verband betätigen, und nicht aus verkehrter angebrachter Bescheidenheit oder einem durchaus unberechtigten Minderwertigkeitsgefühl die Annahme irgendeiner Funktion im Verband oder Betrieb ablehnen.

Zum Schluß möchten wir dann noch den Wunsch äußern, daß die von uns aufgeworfene Frage einmal in Mitgliederversammlungen zur Aussprache gestellt wird. Im übrigen könnte es auch nichts schaden, wenn interessierte Kolleginnen und Kollegen ihre Meinung über eine bessere Heranziehung der weiblichen Mitglieder zu den Verbandsarbeiten und damit zu Delegationen usw. im „Tabak-Arbeiter“ kund tun würden.

Tabakarbeiter und Tabakindustrie in Polen

Die Lohnabbaupolitik, die in Deutschland durch Stegerwald etngeleitet wurde, fand bei den polnischen Unternehmern ein freudiges Echo. Wenn in dem ungleich reicheren Deutschland — so argumentieren sie — die Löhne abgebaut werden, um wieviel mehr ist das im armen Polen notwendig! Dabei laufen die Löhne schon seit Jahren auf der tiefsten Hungerlinie. Sie reichen kaum für die billigsten Nahrungsmittel hin, für Bekleidung und andere notwendige Bedarfsartikel bleibt kein Groschen übrig. Wenn schon das Dasein der noch beschäftigten Arbeiter zwischen Himmel und Erde pendelt, dann ist es um die Arbeitslosen unendlich schlimmer bestellt. Trotz der Sommeraison sind noch 254 000 gewerbliche Arbeiter ohne jede Beschäftigung — eine für Polen gewaltige Zahl —, aber nur 58 000 erhalten eine geringe Arbeitslosenunterstützung.

Trotz dieses allgemeinen Elends sind die Unternehmer mit Verzug auf Deutschland unverfroren genug, die Schmachtriemenlöhne noch weiter zu beschneiden. Da haben die freien Gewerkschaften alle Hände voll zu tun, um die Schläge auf den Arbeitermagen abzuwehren. Seit Ostern schon flutet eine breite Streikwelle über das Land. In jedem Berufe brechen kleinere und größere Streiks aus. Mit einigen wenigen Ausnahmen ist es auch den Verbänden gelungen, die Angriffe auf Lohn und Arbeitszeit abzuschlagen. Die Regierung des ehemaligen Sozialisten Pilsudski, der aus dem Lande ein Mussolinien des Nordens gemacht hat, vergißt dabei, daß sie laut Verfassung die Arbeit schützen soll, im Gegenteil: sie schickt den Kapitalisten militärische und polizeiliche Hilfe und läßt sogar, wie Fälle beweisen, auf die Streikenden schießen. Sie hat es zugelassen, daß fast die gesamte Schwerindustrie, die Eisenbahnen, Forsten, Kohlen- und Erzgruben, das galizische Erdölgebiet, die Zündhölzer, die Elektrizität und anderes Volksvermögen ausländische Kapitalisten ausbeuten dürfen, für die natürlich der fetteste Profit, nicht aber die Interessen eines ihnen fremden Volkes maßgebend sind. Obwohl die Unternehmer es verstehen, sogar aus der katastrophalen Wirtschaftskrise annehmbare Dividenden zu ziehen, verlangen sie vom Staate noch Subventionen, Aufhebung der die Ausbeutungsfreiheit beschränkenden Demobilisationsvorschriften, Fracht- und Steuererleichterungen. Sie haben auch schon zum Schaden der Arbeiter der Regierung mancherlei Vorteile abgezogen. Dafür werden die für die Ausfuhr bestimmten Erzeugnisse zu Schleuderpreisen dem Ausland geliefert. Um die Dumping-Preisdifferenz auszugleichen, muß der inländische Verbraucher für dieselben Erzeugnisse erheblich überhöhte Preise bezahlen. Der kapitalarme Verbraucher kann natürlich diese Preise nicht entrichten, der Produktionsabsatz stockt, die Arbeiter haben weniger Arbeitsgelegenheit, das Handwerk bekommt weniger Bestellungen, der Handel hält sich nur mit Wechselkrediten über Wasser, die Bevölkerung kann infolge des großen Verdienstausfalls nicht diejenige Menge landwirtschaftlicher Produkte einkaufen, die zur Ernährung notwendig wäre. Und so fort im Kreise. Dann ist der Lohnabzug, die Arbeitszeitverlängerung der Weisheit letzter Schluß.

In Polen ist die Tabakindustrie Staatsmonopol. Das Monopol, das am 1. Juli 1924 gesetzlich eingeführt wurde, bringt dem Staat Millionengewinne, die etwa den achten Teil der Staatseinnahmen und den vierten Teil der öffentlichen Einnahmen ausmachen. Im Jahre 1928 wurden für 647 Millionen Zloty Tabakwaren umgesetzt. In dieser Summe befindet sich die Tabaksteuer von 286 Millionen Zloty oder 44,3 Prozent des Wertes der verkauften Ware. Pro Kopf der Bevölkerung beträgt diese Steuer nicht weniger als 9,50 Zloty jährlich. Neben der Steuer fließt aber auch der Geschäftsgewinn in den Staatsfächer. Der Anteil des Staates am Geschäftsgewinn betrug 1928 sogar 66 Prozent. Der Verbrauch stellt sich pro Kopf der Bevölkerung auf 671 Gramm jährlich. Das ist im Vergleich zu westlichen Ländern verhältnismäßig wenig, wo jeder Einwohner 1,5 bis 3 Kilogramm verbraucht. Die geringeren Sorten finden den höchsten Absatz, der 70 Prozent des gesamten Verkaufs beträgt. Das ist auch aus dem Preis ersichtlich, denn während die gewöhnlichen Sorten des in Polen verbrauchten Tabaks im Durchschnitt 18,58 Schweizer Franken je Kilogramm kostete, beträgt der Preis für die meistkonsumierten Sorten in Deutschland schon 27,43, in Italien 31,05, in Danzig gar 33,13 Schweizer Franken. Ein Beweis, daß in Polen das schlechteste Kraut geraucht wird, weil auch die Löhne dort die niedrigsten sind. Und das schlechteste Kraut heißt dort Machorka, das in westlichen Ländern überhaupt nicht zu haben ist, in Polen aber von einem ganzen Drittel der Tabakverbraucher geraucht wird.

Infolge des wirtschaftlichen Niederganges und der daraus

folgenden Minderung der Kaufkraft waren zu Anfang des laufenden Jahres die Monopolfabriken gezwungen, die Arbeitszeit auf fünf Tage wöchentlich zu beschränken. Im Juni und Juli konnten einige Fabriken wieder voll arbeiten. Im August trat wieder eine Verschlechterung ein, so daß etwa die Hälfte der Fabriken wieder nur fünf Tage arbeiten läßt. Natürlich wird auch der Lohn nur für fünf Tage gezahlt, obwohl der Staat bei seinen ansehnlichen Einnahmen aus dem Tabakmonopol so großzügig sein könnte, auch den sechsten Tag schon im Hinblick auf die unter dem Existenzminimum liegenden Löhne zu bezahlen, zumal die Produktion gestiegen, die Zahl der Arbeiter dagegen von 12 000 in 1928 auf 10 700 in 1931 gefallen ist. In diesen Jahren stieg nämlich die Produktion von 61 auf 77 Millionen Zigarren, von 8,7 auf 10,6 Milliarden Zigaretten und von 12,8 auf 13,2 Millionen Kilo Rauchtobak. Mit weniger Arbeitern ist also die Erzeugung infolge Rationalisierung und verbesserter Technik bedeutend in die Höhe gegangen, dazu wurde die Zahl der Fabriken von 21 auf 17 reduziert. Diese Entwicklung hat also dem Staat nur Vorteile, den Arbeitern aber erhebliche Nachteile gebracht. Der sechste arbeitslose Tag hat nämlich den Lohn um 17 Prozent verschlechtert. Der Lohnanteil am Produkt einschließlich der Sozialbeiträge beträgt nur 5,1 Prozent. Die Verbehaltenung des bisherigen vollen Wochenlohnes würde die Staatskasse mit nur 1 Prozent mehr belasten und ein kaum fühlbares Loch darstellen. Der Staat müßte hier allen Privatunternehmern mit gutem Beispiel vorangehen.

Statt dessen unterstützt noch die Regierung das Bestreben der Unternehmer nach Abbau der Soziallasten. Schon ist die Dauer der Arbeitslosenunterstützung von 17 auf 13 Wochen, ihre Höhe um 10 Prozent herabgesetzt. Die Saisonarbeiter sind für die „tote Saison“ ausgeschlossen. Die Besteuerung der Krankenscheine und Rezepte nach deutschem Muster steht in naher Aussicht. Die Beschäftigten müssen jetzt zugunsten der Arbeitslosen eine Extrasteuer von 10 Prozent zahlen. Um die Kosten der Wirtschaftskrise vollends auf die Arbeitnehmer abzuwälzen, machen die Unternehmer durch den berichtigten Regierungspräsidenten von Oberschlesien, Grazyński, den kuriosen Vorschlag, die Arbeiter fünf Monate arbeiten und den sechsten Monat feiern zu lassen. Solange sie beschäftigt sind, soll ihnen zwangsweise ein Spargroschen eingekantet werden, der für den Lebensunterhalt des sechsten Monats reichen muß. Die schlauen Unternehmer denken gar nicht daran, ob bei den heutigen Zammerlöhnen es möglich ist, die Arbeiter zum Sparen zu zwingen. Diese müssen jetzt schon an den Hungerpöten laugen, auch wenn sie voll beschäftigt sind, was leider eine Seltenheit ist. Die Unternehmer gehen aber noch weiter. Sie verlangen die Beseitigung der gesetzlichen 46-Stunden-Woche und Einführung der Vorkriegsarbeitszeit; Abschaffung der Kranken- und Pensionsversicherung sowie des Ferienurlaubs; Übertragung der Unfallversicherung an private Versicherungsanstalten; Arbeitsdienstplicht zwischen dem 20. und 25. Lebensjahr (auch nach deutschem Beispiel); Verminderung der Steuern. Man müßte sich wundern, wenn diese „bescheidenen“ Forderungen nicht irgendwie seitens der Regierung berücksichtigt werden. Dafür bekundet sie gegenwärtig eine besondere Neigung. Sie selbst hat nämlich die Beamtengehälter um 15 Prozent und eine Reihe von Zulagen abgebaut, so daß der gesamte Abbau bis an 40 Prozent heranreicht. Außerdem hat sie 15 000 Beamte entlassen. Die Staatskasse weist einen chronischen Dalles auf. Allein der Monat Juni schließt mit einem Defizit von 43,6 Millionen Zloty ab. Für patriotische Feste und ähnlichen Klimbin — nicht zu vergessen „unser herrliches Heer“ — hat sie aber genug Moneten. Die Futterkrippe ist mit allerlei unfähigen Parasiten besetzt, die Wetterwirtschaft blüht, die Obrigkeitstele segnen sich zuerst. Die freie Arbeiterbewegung, die der überhandnehmenden amtlichen Korruption derb auf die Finger klopft und die volksausplündernden Praktiken schonungslos bloßlegt, wird mit den schäblichsten Mitteln verfolgt. Geldstrafen, Gefängnisstrafen, Konfiskationen der Presse, Ueberfälle durch nationalsozialistische, von der Regierung ausgehaltene Rollkommandos, Polizei und Militär bei Streiks: das sind die alten zaristischen Repressalien, mit denen die verkappte faschistische Wächthaberkamarilla sich gegenüber den Anklägern zu behaupten versucht. Pilsudski, der seine Volksgenossen als Idioten mit Empfehlung seines Allerwertesten zu beschimpfen wagte, hat aus seiner freiheitskämpferischen Vergangenheit nichts gelernt. Jetzt ist Mussolini sein Vorbild. Seine Regierung ist drauf und dran, die Republik Polen in den faschistischen Sumpf zu stürzen. Die freie Arbeiterbewegung schickt sich an, diesem morschen System den Todesstoß zu versetzen. Victor Kalinowski

Zigarrenbranche



Arbeitsplatz- und Arbeitsstuhlgestaltung*

Von Frau Ministerialrat Dr. Trapp

Die Tabakblätter, die, in Ballen gepreßt, in die Zigarrenfabriken gelangen, werden von den Arbeitern vielfach sitzend auseinander gelöst. Als Sitzgelegenheiten werden einfache drei- oder vierbeinige Hocker ohne Rückenlehne mit glattem oder etwas vertieftem Sitz oder gewöhnliche Stühle benutzt. Das Anfeuchten und das Wischen des Tabaks wird allgemein stehend vorgenommen. Beim Entrippen der Tabakblätter, beim Glätten und Sortieren der Umblätter und Deckblätter werden die Arbeiter teils sitzend, teils stehend beschäftigt.

Die männlichen und weiblichen Wickelmacher und Koller arbeiten ausnahmslos sitzend; sie umfassen die größte Zahl der Arbeiter. Als Sitzgelegenheit dienen ihnen außer drei- oder vierbeinigen Hockern oder einfachen Stühlen (Rücken-, Binsen- und Rohrstützstühlen) mit Rückenlehnen seit altersher — insbesondere den Wickelmachern — vielfach etwa 50 Zentimeter hohe Sitzkisten, die aus dem praktischen Bedürfnis entstanden sind, daß der Wickelmacher seinen Rohtabak tunlichst zur Hand haben muß. Sie sind hinten offen und doppelt geteilt für die Aufnahme von Einlage und Umblatt und fassen die Hälfte oder den ganzen Tagesbedarf des Arbeiters. Oft sitzt der Wickler nur auf einem schmalen, etwa 15 Zentimeter breiten Brett. Die von den Kollern benutzte Kiste ist ähnlich, aber vollständig geschlossen, so daß statt des halben der ganze Deckel als Sitzfläche zur Verfügung steht. Die im höchsten Maße unbequemen Sitzkisten müssen hauptsächlich von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern benutzt werden. Sie bieten oft nicht nur zu schmale Sitzflächen, sondern ihre Sitzhöhe paßt, weil alle Kisten von gleicher Höhe sind, nicht für kleine Personen (Jugendliche); in solchen Fällen wird der Sitz durch das Auflegen von Formkästen erhöht. Da Rückenlehnen fehlen, ist ein — besonders für die jugendlichen und Arbeiterinnen notwendiges — gelegentliches kurzes Ausruhen des Rückens unmöglich; außerdem gestatten diese Kisten nicht einmal ab und zu ein Zurücknehmen der Beine unter den Sitz. Nur selten sind an den Arbeitstischen Fußstützen zum Aufsetzen der Füße vorhanden. Vielfach legen die Arbeiter Säcke, Decken oder Kisten über das Sitzbrett der Kisten.

Bei Besichtigungen der Zigarrenfabriken wurden in einzelnen Betrieben gemischt durcheinander Stühle mit Lehnen, drei- und vierbeinige Schemel und Sitzkisten vorgefunden.

Die Bemühungen, in den beteiligten Kreisen Verständnis für Arbeitsstühle zu erwecken, die den Anforderungen der Gesundheit entsprechen, haben, wenn auch nur langsam, Fortschritte erzielt. So haben Arbeiter mittels einfacher Bretter selbst Rückenstützen an vierbeinige Schemel angebracht. Es ist anzunehmen, daß diese Art, auf billige Weise erträgliche Arbeitsstühle zu schaffen, immer mehr Anklang findet. Auch die Arbeitgeber gehen vereinzelt dazu über, solche Formen der Abhilfe zu wählen, um kostspielige Anschaffungen in der jetzigen Wirtschaftskrise zu vermeiden. Besonders gebaute Arbeitsstühle mit beweglichen Rückenlehnen oder verstellbarem Sitz sind bisher nur vereinzelt angetroffen worden (Rowag-, Singer-Stühle usw.). — Bünstiger geworden sind die Verhältnisse in denjenigen Zigarrenfabriken, die zur Maschinenarbeit übergegangen sind. In diesen Betrieben sind an Zigarillomaschinen passende, bequeme Arbeitsstühle mit Rückenlehnen für die Arbeiterinnen vorgefunden worden. Die Stühle sind zwar nicht so bequem wie die mit breiterer Rückenlehne und größerer Sitzfläche versehenen gewöhnlichen Stühle, bieten aber immerhin den Arbeitern eine Rückenstütze und sind deshalb den sonst üblichen Schemeln und Sitzkisten vorzuziehen.

Von Zigarrenfabrikanten wird eingewendet, nur bei Verwendung der üblichen, die Tabakvorräte enthaltenden Sitzkiste sei ein ungestörtes Arbeiten möglich. Das trifft nicht zu, denn bei Verwendung von Stühlen mit Rückenlehnen ist an den Arbeitstischen für die Unterbringung der Vorratskiste und der

Formen durchaus genügend Platz. Nur gegenüber kurzen Arbeitstischen mit schmalen Arbeitsplätzen wäre der Einwand der Zigarrenfabrikanten berechtigt; aber abgesehen davon, daß diese nur noch vereinzelt angetroffen werden, ist zu berücksichtigen, daß nur ausnahmsweise alle Arbeitsplätze besetzt sind, und daß seitlich an den Tischen und an den Wänden des Arbeitsraumes noch genügend Platz zum Aufstellen der Vorratskisten bleibt.

Das Sortieren der Zigarren wird vorwiegend noch stehend vorgenommen. Bei geeigneter Anordnung des Materials, das in greifbarer Nähe des sitzenden Sortierers aufgestellt sein müßte, könnte — nötigenfalls unter Anwendung eines Drehstuhles — auch das Sortieren der Zigarren im Sitzen ermöglicht werden, desgleichen das Mattieren der Zigarren. Beim Nageln, Bedrucken und Bekleben der Zigarrenkisten wird teils sitzend, teils stehend gearbeitet.

Es darf erwartet werden, daß bei einer Besserung der gegenwärtigen schlechten Wirtschaftslage den Bemühungen, auch in den Zigarrenfabriken Arbeitsstühle zu schaffen, die den Ansprüchen der Gesundheit der Arbeitnehmer und den Forderungen der Arbeitsweise gerecht werden, größere Erfolge als bisher beschieden sein werden.

Praktiken eines Arbeitsamts

Wir haben in der Zigarrenindustrie eine ganze Anzahl Kolleginnen und Kollegen, die auf Grund ihres körperlichen Leidens einen anderen Beruf nicht ergreifen können. Mühsam haben dieselben sich mit ihrem Gebrechen durchs Leben geschlagen, die Hauptsache war, daß sie das für die Zigarrenherstellung erforderliche Fingerspitzengefühl hatten.

Jetzt, bei der allgemeinen Krisis, wo auch eine Anzahl dieser Vermissten der Armen zur Entlassung gekommen ist, haben sich bei der Auslegung des § 89 Abs. 2 A. M. G. (Unterstützungsberechnung) bei einigen Arbeitsämtern Schwierigkeiten herausgestellt. Arbeitslosenunterstützung können nach dieser Bestimmung nur Arbeitslose erhalten, die u. a. arbeitsfähig sind, also dem allgemeinen Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, mithin auch andere Arbeit als berufliche Arbeit verrichten können. Auf Grund dieser Bestimmung wollten nun einige Arbeitsämter die sowieso karge Unterstützung diesen körperlich gebrechlichen Tabakarbeitern streitig machen. Ja, man hatte sogar die Unterstützung vollständig entzogen. Durch Eingreifen der Gauleitung in Heidelberg ist jedoch für unsere Mitglieder die Unterstützung wieder gesichert worden.

Ein besonders krasser Fall war folgendermaßen gelagert: Eine 60 Jahre alte, körperlich sehr gebrechliche Kollegin erhielt in ihrem Wohnort die Unterstützung ausbezahlt. Auf Anweisung des Arbeitsamts sollte auf einmal die Kollegin ihre Unterstützung in einem Ort abheben, welcher 10 Kilometer entfernt liegt. Bahn oder sonstige Fahrverbindung ist keine vorhanden. Also 20 Kilometer hätte die Kollegin mit ihrem schweren Beinleiden zurücklegen müssen, um die karge Unterstützung in Empfang zu nehmen. Die Gauleitung wandte sich deshalb am 1. Juni schriftlich an das Arbeitsamt mit Darlegung des genauen Sachverhalts und bat, die Unterstützung wieder wie bisher zur Auszahlung zu bringen. Es bestand die Gefahr, daß die Kollegin auf dem Wege zusammenbrechen konnte.

Was tat jedoch das Arbeitsamt? Es ließ die Kollegin am 10. Juni schriftlich zum Vertrauensarzt vorladen, um festzustellen, ob sie noch als arbeitsfähig zu betrachten sei. Nach der stattgefundenen Untersuchung wurde das am 16. Juni verneint und sofort wurde die Unterstützungszahlung eingestellt. Wiederholt weiteres Eingreifen der Gauleitung beim zuständigen Arbeitsamt hatte die Aufhebung des Beschlusses zur Folge, und unserer Kollegin wurde die volle Unterstützung nachbezahlt im Betrage von mindestens 100 M.

Auch hier ist wieder der Beweis erbracht, daß ohne den Deutschen Tabakarbeiter-Verband diese Erfolge nicht erzielt worden wären. Unerläßliche Pflicht aller Arbeiterinnen und Arbeiter der Tabakindustrie ist es deshalb, um in allen Nöten und Schicksalsschlägen Rat und Hilfe zu erhalten, sich dieser Organisation anzuschließen.

* Aus den zusammengestellten und vom Ministerium für Handel und Gewerbe herausgegebenen Jahresberichten der Preussischen Gewerbeaufsichtsbeamten für 1930.

Gestern noch auf stolzen Rossen

Anfang August dieses Jahres übermittelte der Reichsverband deutscher Zigarrenhersteller (N. d. Z.) der Fachpresse des Tabakgewerbes folgende Mitteilung:

Die bekannte gemeinsame Werbeaktion von Zigarrenindustrie und Zigarrenhandel für das Zigarrenrauchen hat begonnen. Plakate, die als Mittelpunkt für die Schaufensterdekoration verwendet werden können, sind in größerer Zahl durch die Händlerorganisationen verteilt worden. Händler, und zwar auch nicht organisierte, die bisher ein Plakat nicht bekommen haben, können Plakate entweder bei der für ihren Ort zuständigen Händler-Organisation oder aber auch bei einem ihrer Lieferanten anfordern.

Interessieren wird, daß entsprechende Fenster-Plakate inzwischen in den Gangfenstern des weitaus größten Teils aller in Deutschland laufenden D-Zug-Wagen angebracht worden sind.

Damit hatte die planmäßige Zigarrenpropaganda ihren Anfang genommen. Kaum vierzehn Tage später jedoch verbreitete die „Propagandakommission für das Zigarrenrauchen“ folgende Mitteilung:

Wir waren bei den Vorbereitungen, die Propaganda für das Zigarrenrauchen auf eine breitere Basis zu stellen und Abschlässe für längere Zeit zu machen. Voraussetzung dafür ist die Gewißheit, daß über den vorhandenen Fonds hinaus laufend Mittel einkommen. Bei der Zuspitzung der wirtschaftlichen Verhältnisse ist diese Gewißheit leider zurzeit nicht gegeben. Wir haben uns deshalb genötigt gesehen, die Durchführung unserer vorbereitenden Maßnahmen zurückzustellen und die Ausgabe von Propagandamarken vorläufig bis auf weiteres zu unterbrechen.

Soweit die eingegangenen Mittel nicht durch die bisher durchgeführten Maßnahmen (Plakate und Eisenbahn-Kelkame) aufgebraucht sind, werden sie zinstragend angelegt, um für später zur Verfügung zu stehen.

Daß der Beschluß der Propagandakommission sehr weitsichtig und seine Begründung sehr überzeugend wäre, wird wohl niemand behaupten wollen. Gerade weil die wirtschaftlichen Verhältnisse zugespitzt sind, hätte man annehmen sollen, daß alles getan wird, um den Zigarrenkonsum zu heben oder doch zum mindesten nicht herabsinken zu lassen. Die Propagandakommission jedoch unterbricht ausgerechnet in einer solchen Zeit ihre Tätigkeit, weil — wir wollen der Raucher die Schelle umhängen — Zigarrenhändler und Zigarrenfabrikant zu knauserig sind, im Interesse der Sache auch mal einige Groschen zu opfern.

Otto Reschke †

Von der Mitgliedschaft der Zahlstelle Leipzig wird uns geschrieben:

Am 12. September verschied nach kurzem, aber schwerem Krankheitslager unser erster Bevollmächtigter, Kollege Otto Reschke. Wir verlieren in ihm einen tatkräftigen und zielbewußten Kollegen, der mit vorbildlichem Pflichtgefühl sein Bestes für die Interessen des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes und der Zahlstelle Leipzig hergegeben hat. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Soweit der Nachruf, den wir nicht veröffentlichen möchten, ohne darauf hingewiesen zu haben, daß der verstorbene Kollege Otto Reschke, der von Beruf Zigarrenarbeiter war, sich über die Zahlstelle Leipzig hinaus ein gutes Andenken gesichert hat. Trotz körperlicher Gebrechen — er konnte sich nur an Krücken fortbewegen — wirkte er mit einer Hingabe, wie sie nur selten anzutreffen ist, für seine Kolleginnen und Kollegen und für den Deutschen Tabakarbeiter-Verband. Seinen Standpunkt vertrat er mit aller Schärfe, aber stets sachlich, so daß er auch bei denen, die — wie wir — nicht immer mit seinen Ansichten einverstanden waren, keine persönlichen Gegner hatte.

Nun hat der Tod dem Wirken von Otto Reschke, der noch nicht einmal 41 Jahre alt geworden ist, ein jähes Ende gesetzt. Wir wollen uns jedoch geloben, sein Andenken zu ehren, und mehr noch als bisher für die Ausbreitung und Stärkung des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes tätig sein.

Gestorben sind:

Am 11. September die Rauchtobakarbeiterin **M i m i B l u m e**, 25 Jahre alt (Zahlstelle Bremen).

Am 11. September der Zigarrenarbeiter **H e i n r i c h W a s m a n n**, 56 Jahre alt (Zahlstelle Hamburg).

Am 12. September der Zigarrenarbeiter **O t t o R e s c h k e**, 40 Jahre alt (Zahlstelle Leipzig).

Ehre ihrem Andenken!

Aufruf zur Solidarität!

Ein schwerer Winter steht bevor. Not und Kälte bedrohen Millionen unserer Volksgenossen. Mitgefühl allein macht keinen Hungernden satt, richtet keinen Verzweifelten auf. Tatkräftige Hilfe ist nötig. Die Solidarität der arbeitenden Massen, in schwersten Zeiten der Vergangenheit erprobt, muß sich jetzt neu erweisen. Die Zahl der arbeitslosen Volksgenossen steigt noch immer. Die Dauer der Arbeitslosigkeit führt zu zunehmender Verarmung ganzer Volksschichten.

Wenn durch die Finanzlage von Staat und Gemeinden die Leistungen der öffentlichen Fürsorge immer ungenügender werden, dann müssen sich alle, die noch arbeiten und alle, die noch über das Notwendige hinaus etwas besitzen, die Hände zu einer besonderen kameradschaftlichen Hilfsaktion reichen. Es geht um die Arbeitslosen und ihre Familien. Es geht um die Kinder, die Jugend, die Invaliden und die Alten. Es sind Klassengenossen, Hand- und Koffarbeiter, die schuldlos aus dem Arbeitsprozeß ausgeschaltet sind.

Die Arbeiterwohlfahrt ruft die Arbeiterschaft und ihre Freunde, alle diejenigen, die für die große Gegenwartsnot Verständnis haben, zu einer Hilfsaktion für unsere notleidenden Klassenkameraden auf. Sie fordert dazu auf, zusammenzustehen und durch kameradschaftliches Helfen zu beweisen, daß die Schicksalsverbundenheit der Arbeiterschaft lebendig ist und bleibt. Die mitunterzeichneten Verbände schließen sich dem an. Wir wissen, daß wir mit dieser Hilfe nicht die sozialen Schäden der kapitalistischen Wirtschaft beheben können.

Es geht uns darum, den Kampfesmut und die moralische Kraft der arbeitslosen Klassengenossen zu erhalten.

Die unterzeichneten Organisationen fordern deshalb alle, an die unser Ruf gerichtet ist, auf, den bei ihnen vorsprechenden mit Ausweis versehenen Sammlern der Arbeiterwohlfahrt, der die Durchführung des Solidaritätswerkes übertragen ist, einen Beitrag, sei es in Form von Geld oder Naturalien, zu geben. Jeder, auch der bescheidenste Betrag ist geeignet, zu helfen.

Gebt für die Notgemeinschaft des arbeitenden Volkes.

Hauptauschuß für Arbeiterwohlfahrt e. V.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Hauptvorstand der Sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands

Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund

Allgemeiner freier Angestelltenbund

Allgemeiner Deutscher Beamtenbund.

Außer den Beiträgen, die für Hausammlungen gegeben werden, nehmen Spenden entgegen die Ortsauschüsse und die Bezirksauschüsse für Arbeiterwohlfahrt. Wer seine Spende nicht örtlich geben will, überweise sie auf das Postcheckkonto des Hauptauschusses für Arbeiterwohlfahrt Berlin Nr. 5982 mit dem Stichwort „Solidaritätshilfe“.

Bekanntmachungen

Am 26. September ist der 39. Wochenbeitrag fällig

Folgende Gelder sind eingegangen:

11. September. Blotho 100.—, Maienfels 50.—
 12. Braunschweig 120.—, Schwedt 170.—, Nordhausen 900.—, Dresden 3000.—
 13. Bünde 1200.—
 15. Ermschwerdt 37.45.
 16. Gießen 400.—, Bad Essen 41.60, Heidenheim 300.—
 17. Schöned 400.—, Treffurt 1000.—
 18. Ansbach 100.—, Geesthacht 59.—, Hannover 1200.—
 19. Danzig 100.—
- Bremen, den 22. September 1931. J. Krohn.

Ausgeschlossen nach § 14 des Statuts

Der Zigarrenarbeiter **Gottfried Wiederspacher** in Mühlhausen (Thüringen), geboren am 8. Februar 1902, angetreten am 10. April 1920, Buch IV 614 (285/1 81).

Berichtigung

Bei der Berichterstattung vom Internationalen Tabakarbeiterkongress ist im „Tabak-Arbeiter“ Nr. 37 unter den gewählten Mitgliedern des Exekutivkomitees der Kollege **Krohn** (Deutschland) mit genannt worden. Das ist ein Irrtum. Kollege **Krohn** gehört dem Exekutivkomitee nicht an.

**Kolleginnen und Kollegen
werbt unermüdetlich für den Verband!**

Internationale Arbeitsbeschaffung

Von Wladimir Woytinsky

Der Frankfurter Gewerkschaftskongreß hat einstimmig den Beschluß gefaßt, den Vorstand des I.O.G.B. aufzufordern, tatkräftig die Bemühungen des Internationalen Arbeitsamts in der Richtung der internationalen Arbeitsbeschaffung zu unterstützen. Damit hat der Kongreß nicht nur dem Bundesvorstand eine neue höchst wichtige Aufgabe vorgezeigt, sondern auch zu einem der aktuellsten und am meisten umstrittenen Probleme der Wirtschaftspolitik Stellung genommen.

Die Frage der Arbeitsbeschaffung deckt sich bekanntlich mit derjenigen der Finanzierung der öffentlichen Arbeiten. Es kommt nicht darauf an, Arbeiten zu wählen, mit denen man Arbeitslose beschäftigen kann. Auch die organisatorische Seite der öffentlichen Arbeiten stellt keine übermäßige Schwierigkeit dar. Was wirklich schwierig ist, ist lediglich die Mobilmachung der erforderlichen Geldmittel, die um das Mehrfache den Betrag der Arbeitslosenunterstützung übersteigen müssen. An diesem Hindernis sind bisher sämtliche großzügig eingeleiteten Versuche der Arbeitsbeschaffung gescheitert! Dies ist übrigens nur allzu begreiflich. Die Frage der öffentlichen Arbeiten taucht in der Regel zur Zeit der tiefsten Depression und bittersten Not auf, zu einer Zeit, wo die öffentlichen Kassen leer sind und die Sparsamkeit bei den öffentlichen Ausgaben an der Tagesordnung ist. Am meisten denkt man an die öffentlichen Arbeiten in den Tagen, in denen die Gefahr der Kürzung oder Einstellung der Arbeitslosenunterstützung akut wird. Woher nimmt man aber bei einer solchen Lage die für Arbeitsbeschaffung erforderlichen Millionen?

Eine Zwecksteuer würde in diesem Fall von geringem Nutzen sein, da auf diese Weise lediglich eine Verschiebung der Kaufkraft erzielt würde: um eine Zahl von Arbeitslosen zu beschäftigen, würde man an einer anderen Stelle den Markt schmälern und Arbeitskräfte frei setzen. Eher könnte man an eine Auslandsanleihe denken. Aber je düsterer die Wirtschaftslage, um so ungünstiger werden die Bedingungen auf dem Kapitalienmarkt. Die Krise pflegt das internationale Vertrauen zu gefährden und das Heilmittel der Auslandskredite versagt in dem Augenblick, wenn es der notleidenden Volkswirtschaft am meisten Not tut.

Damit aber sind die Schwierigkeiten noch nicht erschöpft. Auch wenn es möglich wäre, Auslandskredite für die Inangriffnahme von öffentlichen Arbeiten großen Stils zu finden, bliebe ihre Verwertung für eine von der Krise betroffene Volkswirtschaft nicht unbedenklich. Man müßte nämlich nicht nur die zukünftige Belastung der Wirtschaft mit der neuen Verschuldung ins Auge fassen, sondern auch die unmittelbare Auswirkung der gewaltigen Kreditaufnahme berücksichtigen. Das Einpumpen der geborgten Millionen in die zusammengeschrumpfte Volkswirtschaft droht nämlich Inflationserscheinungen ins Leben zu rufen, nämlich die Loslösung des Preisniveaus auf dem Binnenmarkte von demjenigen des Weltmarktes. Dies würde aber die

Ausfuhr des in Frage kommenden Landes lähmen und neue Herde der Arbeitslosigkeit schaffen. So verwickelt ist das Problem der Arbeitsbeschaffung, wenn man es nicht einfach als Auftragsverteilungspolitik aufstellen, sondern in dieser Richtung den Ausweg aus der Krise, ein Mittel der Ankurbelung der Wirtschaft suchen will! Ein schwerwiegender Fehler wäre aber auf Grund dieser und ähnlicher Erwägungen die Möglichkeit der Bekämpfung der Krise mittels der Arbeitsbeschaffung überhaupt zu verneinen. Die Arbeitsbeschaffung bedeutet nichts anderes, als den Versuch, die infolge der Krise brachliegenden technischen Mittel mit den auf der Straße liegenden Arbeitskräften in Verbindung zu bringen, um auf diese Weise die Produktion zu erweitern, zugleich aber auch Kaufkraft zu schaffen und die Räder der Wirtschaft in Bewegung zu setzen. Unlösbar ist die Aufgabe nicht, utopisch ist es lediglich zu glauben, daß sie mit beschränkten Mitteln, im Rahmen einer Volkswirtschaft in Angriff genommen werden kann. Und erst recht eine Utopie wäre es, zu glauben, daß ein Land wie Deutschland, das sich in der schwersten Klemme befindet, das Problem allein lösen könnte! Die große Bedeutung des vom Gewerkschaftskongreß gefaßten Beschlusses besteht darin, daß er dem Problem der Arbeitsbeschaffung eine wissenschaftlich einwandfreie Formulierung zu geben verstanden hat: „Der internationale Charakter der heutigen Krise,“ so heißt es in der Resolution des Kongresses, „erschwert ihre Bekämpfung im Rahmen einer einzelnen Volkswirtschaft. Deshalb muß eine großzügige internationale Arbeitsbeschaffung auf der Grundlage einer internationalen Kreditvereinbarung angestrebt werden.“

Die Arbeitsbeschaffung wird hier als ein Mittel der Bekämpfung der Weltkrise proklamiert, als eine Aufgabe der internationalen Politik gestellt. Bei dieser Problemstellung wird die Gefahr der inflationsistischen Auswirkung der Arbeitsbeschaffung beseitigt, zugleich aber die Möglichkeit der Finanzierung der öffentlichen Arbeiten großen Stils gesichert. Der Kongreß hat den Weg gezeigt: internationale Kreditvereinbarung. Es handelt sich nicht um einseitige Anleihen von öffentlichen Körperschaften kapitalarmer Länder auf den Kapitalmärkten des Auslands. Es geht um eine Vereinbarung sämtlicher von der Krise betroffenen Länder über eine gemeinsame Aktion, die die Mittel für die Bekämpfung des auf ihnen allen lastenden Uebels mobilmachen muß.

Die Einzelheiten stehen noch nicht fest: gerade im Augenblick, da der Gewerkschaftskongreß die Resolution über die internationale Arbeitsbeschaffung verabschiedete, fanden in Genf Besprechungen des Präsidenten des Internationalen Arbeitsamts mit den Vertretern der Regierungen und Banken statt, die die Wege der Finanzierung des internationalen Arbeitsbeschaffungsprogramms klären sollten. Die Frage wird nicht von

Verband und Volk

So sehr Notzeit mit ihrem Beben und Brodeln auch zu Spaltung und Zerrissenheit neigt, so schweißt sie doch im großen zusammen. Menschen der Not werden Brüder der Not. Das Erlebnis gemeinsamer Nöte bindet. Durch Not wächst Volk in die Tiefe seiner selbst.

Notzeit läßt erkennen, wer zum Volke gehört. „Nur wer eine gemeinsame Not fühlt, gehört zum Volke.“ So sprach Richard Wagner, der große Deutsche, und unsere Zeit der größten Nöte zeigt uns, daß nach dem Ausdruck dieses großen Deutschen die am wenigsten zum Volke gehören, die am meisten und immer wieder von Volk und Vaterland gesprochen haben.

Wer 40 000, 50 000, 100 000, 200 000, ja 500 000 Mark Jahres-einkommen hat, und doch nicht freiwillig eine wesentliche Herabsetzung dieser riesigen Summen bewilligt, der ist volksfremd. Wer sein Geld ins Ausland verschiebt, wer in Notzeit abbaut, wo Abbau vermeidlich ist, wer in Notzeit das geringe Einkommen dennoch schmälert, der ist volksfeindlich.

„Die Feinde des Volkes sind die, die nach Willkür egoistisch handeln.“ So drückte Richard Wagner, der große Deutsche, das

Gleiche in seiner Sprache aus. Und wir sind deutsch in seinem Sinne, wenn wir das Wesen der egoistischen Klasse bekämpfen, gerade in dieser Zeit und allem nationalsozialistischen Scheindeutschtum zum Troste.

„Wer ist denn das Volk?“, fragt Richard Wagner, den gerade der Nationalsozialismus so gern den Deutschen nennt. „Alle diejenigen, welche Not empfinden,“ so antwortet er, „und ihre eigene Not als die gemeinsame Not erkennen oder sie in ihr begriffen fühlen.“

Mit dem Volke fühlen! Not fühlen! Und sich anstemmen — nicht gegen Rasse, nicht gegen Grenzen — nein, gegen den abgestorbenen Teil des eigenen Volkes! Gegen die Ausbeuter und Unterdrückter! Gegen die Satten und Philister! Gegen die Herzlosen, die da nicht fühlen mit dem Volke und nur über ihren Besitz wachen und ihren Vorteil hüten ohne Verbundenheit mit all den darbenenden Schwestern und Brüdern des eigenen Volkes.

Volk der Not, stehe zusammen! Binde dich im starken Verband! Schließ dich zusammen gegen die Klasse! Werde stark durch Einheit! Daß so durch deinen Kampf die Freiheit werde! Daß so das Volk eines Erlebens werde und eines Glaubens!

Das Volk! Das Volk von morgen! Das Volk der Einheit, der Freiheit und des Glücks! Dr. Gustav Hoffmann

heute auf morgen gelöst. Ich glaube aber schon heute die Richtung aufzeigen zu können, in der die Aktion sich entwickeln muß und sich entwickeln wird:

Die Milliarden für die Finanzierung der internationalen öffentlichen Arbeiten können selbstverständlich nicht auf Grund gewöhnlicher Herausgabe von Schuldverschreibungen aufgebracht werden: 1. die auf diese Weise mobilgemachten Kapitalien wären zu teuer; 2. sie müßten von einer anderen Anlegung abgezogen werden; 3. die öffentlichen Arbeiten in den notleidenden Ländern können nicht die Privatkapitalisten locken, die ihr Geld frei halten wollen. . . .

Das Problem wird nur durch die internationale Krediterschöpfung gelöst. Wer sich für die internationale Arbeitsbeschaffung ausspricht, setzt sich mit demselben Atemzug für die internationale Krediterschöpfung ein, d. h. für eine internationale Politik, die eine zusätzliche Kaufkraft ins Leben ruft. Diese Politik wird sich nichtsdestoweniger allmählich durchsetzen. Es wird schwerlich einen anderen Weg bezüglich der Einwirkung auf die Weltwirtschaftskrise geben. Das Leben ruft: Nicht stehen bleiben, weiter gehen! Deshalb freuen wir uns, daß der Gewerkschaftskongress in Frankfurt diesem Rufe folgend den Weg der aktiven Weltwirtschaftspolitik, den Weg der internationalen Arbeitsbeschaffung auf Grund einer internationalen Kreditaktion beschritten hat. Vieles wird jetzt davon abhängen, ob es den Gewerkschaften aller Länder gelingt, die von den deutschen Gewerkschaften einmütig eingeleitete Aktion mit derselben Einmütigkeit und Entschlossenheit weiter zu verfolgen. Mehr als 25 Millionen Menschen warten auf Arbeit. Deshalb ist es an der Zeit, einen Anfang zu machen.

Internationale Zusammenkunft jüngerer Gewerkschafter

Die vom Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB.) veranstaltete zweite Internationale Zusammenkunft jüngerer Gewerkschaftsmitglieder fand vom 22. bis 29. August in Oxford statt. Es hatten sich aus sechs Ländern (Belgien, Deutschland, Dänemark, England, Frankreich, Schweden) 31 von ihren Landeszentralen entsandte Teilnehmer, darunter 2 Frauen, eingefunden.

Der Tagung waren drei Aufgaben gesetzt: Der persönliche Kontakt der Vertreter der jüngeren Gewerkschaftsgeneration, das Studium der Gewerkschaftsbewegung des Landes, in dem die Tagung stattfand, und schließlich die Vertiefung des Verständnisses für internationale Fragen. Da fast alle Teilnehmer der Sprache des Gastlandes mächtig und gleichen Alters waren, gestaltete sich die Fühlungnahme aufs freundschaftlichste, auch waren durch das diesjährige Programm die dringendsten Fragen der internationalen Gewerkschaftsbewegung in den Vordergrund gestellt worden, so daß den Teilnehmern die Möglichkeit geboten war, an der Darlegung der Probleme lebhaften Anteil zu nehmen.

Ueber den IGB. und seine Aufgaben sprach der Leiter der Zusammenkunft, G. Stolz (Untersekretär des IGB.). Einen historischen Ueberblick über die Entwicklung der britischen Gewerkschaften gab der Vorsitzende des IGB. und Generalsekretär des Britischen Gewerkschaftsbundes (TUC.), W. M. Citrine. G. B. Lewson behandelte den gegenwärtigen Stand der britischen Gewerkschaftsbewegung und führte die Teilnehmer in die

der britischen Bewegung eigenen Organisationsfragen ein. Von den Resolutionen der Gemeinsamen Kommission des IGB. und der G.M.J. zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit als Lösungsverfuch zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit ausgehend; untersuchte W. Milne-Baily von der wirtschaftlichen Forschungsstelle des TUC. die verschiedenen Phasen der Wirtschaftskrise. In einem zweiten Vortrag prüfte er die Ursachen der Zunahme des Interesses für internationale Fragen. Trotz der überaus schwierigen Lage in Großbritannien hatten sich die britischen Referenten eingefunden, wofür ihnen die Teilnehmer Dank mußten. An alle Ausführungen knüpften sich lebhaft Auseinandersetzungen, die sich bei der Generaldebatte und den Referaten über den Stand der gewerkschaftlichen Jugend-erziehung und den Jugendschutz, die G. Stolz einleitete, zu einer internationalen Konferenz gestalteten, in der für jedes vertretene Land ein eingehender Bericht erstattet wurde.

Im Laufe der Veranstaltung besuchten die Teilnehmer Oxford und seine Colleges, die Umgebung Oxfords sowie Stratford o/Avon. Nach einer kleinen Abschiedsfeier, bei der W. M. Citrine die Lage in Großbritannien und die Stellungnahme des Britischen Gewerkschaftsbundes schilderte, fand die Besichtigung des Sitzes des TUC., der Labour Party, des Verbandes der Transportarbeiter und ungelerten Arbeiter sowie des „Daily Herald“ statt. Teilnehmer, Referenten und Veranstalter haben zusammengewirkt, um die knapp bemessene Zeit auf das beste auszunutzen und ersprießliche Arbeit zu leisten. Ein Teilnehmer des Kurses bestätigte diesen Eindruck durch folgende Feststellungen im Berliner „Vorwärts“:

„Es muß gesagt werden, daß dieser Kursus in seiner Zielsetzung und im Ergebnis so außerordentlich gut verlief, daß er für alle Teilnehmer von großer Bedeutung gewesen ist.“ . . . „Die treffliche Vorbereitung des Kurses trug zweifellos viel mit dazu bei, daß er so außerordentlich günstig verlief. In der Art, wie der IGB. diese Kurse (der erste fand im vorigen Jahr in Bernau statt) organisiert, ist es von Bedeutung, daß hier nicht, wie es bei solchen Kursen leicht vorkommt, theoretisiert wird. Der Gedankenaustausch erfolgte über durchaus gegenwartsnahe praktische internationale Gewerkschafts- und Wirtschaftsfragen.“

Die zweite internationale Zusammenkunft jüngerer Gewerkschafter war eine Weiterleitung und Höherführung der im vergangenen Jahr in Bernau in Deutschland begonnenen Arbeit. Die in Oxford entfaltete Tätigkeit läßt erwarten, daß die nächstes Jahr voraussichtlich in Belgien stattfindende Zusammenkunft das Werk im gleichen Geiste fortsetzen wird.

Sprachkurse

Anfang Oktober 1931 beginnen in der Sprachenschule der Arbeiter und Angestellten Groß-Berlins die Winterkurse (Abendunterricht) für Teilnehmer ohne Vorkenntnisse in folgenden Sprachen: Englisch, Russisch und Französisch. Für Teilnehmer mit Vorkenntnissen laufen besondere Mittel- und Oberkurse. Gleichzeitig beginnt ein Kursus „Richtiges Deutsch“. Zur Deckung der entstehenden Unkosten wird für einen Kursus ein Beitrag von 10 Mark erhoben. Erwerbslose zahlen die Hälfte. Die Lehrbücher werden in allen Kursen unentgeltlich geliefert. Anmeldungen (schriftlich oder persönlich) in der Geschäftsstelle der Sprachenschule: N 54, Rosenthaler Straße 13 (nahe S-Bahn Börse und U-Bahn Weinmeisterstraße). Das Schulbüro ist werktäglich von 2 Uhr mittags bis 9 Uhr abends geöffnet, außer Sonnabends.

Gummiwaren

Hygien. Artikel. Preis.

T 2 gratis. „Medicus“ Berlin SW 68, Alte Jacobsstraße 8

Splinter und Balken

Roman von Hedda Wagner (Nachdruck verboten.)

XVI.

(Schluß.)

Sie horchte auf. „Was meinst du, Onkel Josef? Welche Wanderung? —“

Er unterbrach sie. „Nun — in irgendein Versorgungsheim . . . Anderes wird mir wohl nicht übrigbleiben, wenn ihr geht —“

Sie fuhr auf. „Wir?“ rief sie. „Aber da ist ja doch Ernst, der bei dir sein wird, er — der dir so unendlichen Dank schuldet —“

Er verneinte müde. „Ernst bleibt auch nicht mehr hier, wenn du gehst. Es hat sich ihm eine neue Stellung im Ausland geboten — die lockt ihn sehr — er erfuhrt es auf der Heimfahrt —“

„Aber was soll denn aus dir werden, Onkel Josef?“ rief Hertha. „Das darf ja nicht sein — das geb' ich nicht zu . . .“

„Wie willst du es hindern?“ fragte er zurück. „Wenn Ernst seinen Haushalt auflöst und als Junggeselle in die Welt hinaus-

zieht — meinst du, da könne er mich greifen Krüppel als Hinder-nisgepäck mitschleppen?“ Bitterkeit schwang mit im Klang seiner Worte. „Nein — nein, da heißt es eben für mich irgendwo unter-kriechen. Von meiner Rillputanerpension kann ich ja allein nicht leben. — Nun, es wird ja hoffentlich nicht mehr allzu lange dauern!“

Er sah die aufsteigenden Tränen in ihren Augen. Da ward er wieder ruhig und gefaßt.

„Nicht an mich denken, Herthakind! Sondern an dich! Tu, was Herz und Gewissen dir gebieten! Schaffe dir ein neues Leben — ein Leben der Arbeit — der Arbeit, die Vergessen bringt . . . Und jetzt geh! Mir ist jetzt so weh ums Herz, daß ich allein sein muß —. Aber mit Ernst, mit dem will ich reden, kannst dich drauf verlassen . . .“

Sie stand hochaufgerichtet vor ihm. Ihre Wangen, die leidens-blaffen, hatten sich gefärbt. „Du brauchst es nicht zu tun, Onkel Josef!“ sagte sie. „Ich will nicht feig sein — ich will — — —“

Sie brach ab — wandte sich zum Gehen. Ein befreiender Entschluß leuchtete aus ihren Blicken, mit denen sie abschiednehmend auf den Ores zurück sah . . .

Gute Resultate bei Verkürzung der Arbeitszeit

Die obersten Instanzen der drei größten Gewerkschaftsorganisationen der Welt, des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Britischen Gewerkschaftsbundes und des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes, haben sich im Augenblick höchster Wirtschaftsnot und Arbeitslosigkeit erneut und mit allem Nachdruck für die Verkürzung der Arbeitszeit bzw. für die vom Internationalen Gewerkschaftsbund aufgestellte Forderung der 40-Stunden-Woche eingesetzt. Im Namen von etwa 10 Millionen Arbeitern der beiden Hemisphären brachten sie zum Ausdruck, was heute niemand widerlegen kann: Wenn alle Arbeitswilligen und Arbeitsfähigen arbeiten und damit konsumieren sollen, so muß bei der jetzigen Produktionskapazität der modernen Wirtschaft und Technik die Arbeitszeit verkürzt werden! Denn, wenn sie nicht verkürzt wird, wird bei der jetzigen Wirtschafts- und Konkurrenzfreiheit unendlich viel mehr produziert, als konsumiert werden kann. Das Mißverhältnis zwischen Produktionskraft und Konsumkraft wird immer größer werden und muß zuletzt aus der Welt das machen, was sie zum Teil heute schon ist: ein Reich unbegrenzter materieller und geistiger Möglichkeiten, in dem die meisten Menschen körperlich und geistig darben!

Die sich aufdringende Schlussfolgerung wird aber immer wieder hinausgezögert und vom Unternehmertum mit der Bemerkung beiseite geschoben, daß die Umstellung in der Wirklichkeit, d. h. im Betriebe, „eben nicht so einfach sei, wie man sich das in den von den Wirklichkeiten des Lebens unbelasteten Kreisen der sozialistischen und sonstigen Theoretiker vorstelle.“

Es ist jedoch in der Praxis schon in zahlreichen Fällen bewiesen worden, daß die Arbeitszeit ohne Schaden und mit allseitigem Nutzen verkürzt werden kann. Diese Tatsache bleibt bestehen, auch wenn die Unternehmer ihre Kollegen, die sich für solche Experimente hergeben, am liebsten hinter Schloß und Riegel bringen möchten!

Immer wieder muß deshalb auf praktische Beispiele hingewiesen werden; denn allein im großen durchgeführte Beispiele können die Einwände jener entkräften, die nicht so sehr um den „normalen Gang der Wirtschaft“ besorgt, sondern einfach tragen und schlechten Willens sind!

Daß die Arbeitszeit auch in kontinuierlichen Betrieben ohne Schaden, ja sogar mit ausgesprochenem Nutzen für die Arbeiterschaft sowie das Unternehmen durchgeführt werden kann, zeigt neuerdings ein Beispiel in einem amerikanischen Großbetrieb. Eine Großfirma in Michigan für die Herstellung von Nahrungsmitteln aus Getreide hat am 1. Dezember 1930 zum speziellen Zweck der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in ihren Anlagen bei durchgehendem Betrieb die 3 Schichten von je 8 Stunden durch 4 Schichten von je 6 Stunden ersetzt und dadurch die Zahl der Beschäftigten um 20 Prozent erhöht.

Der Präsident der Gesellschaft hat in einem eingehenden Bericht alle Faktoren dieser Maßnahme bis ins kleinste geprüft und dargestellt. Er faßt die Vorteile der Maßnahme, die zum Teil erst nach der Einführung der 6-Stunden-Schicht deutlich in Erscheinung traten, wie folgt zusammen: Mehr Freizeit, die zu Gartenarbeiten und persönlichen wie kollektiven Bildungszwecken verwendet werden kann. Ansporn zur Ausbildung für leitende Posten, da durch den Uebergang vom 8-Schichten- zum

4-Schichten-System mehr Ueberwachungspersonal nötig wird. Geringere Ermüdungserfahrungen und deshalb höhere Arbeitsleistung. Mütter, die für Kinder zu sorgen haben, können ihr Brot verdienen und haben gleichzeitig doch die nötige Zeit, um für ihre Familie zu sorgen. Geringere Zeitverschwendung, da die Arbeit in einer ununterbrochenen Schicht viel intensiver ist. Herabsetzung der Lebensunterhaltungskosten, da alle Wahlzeiten zu Hause eingenommen werden können. Größere Arbeitssicherheit, da durch die Erhöhung der Zahl der Arbeiter der Arbeitsmarkt entlastet und dadurch der Konsum erhöht und die Wirtschaftslage allgemein gehoben wird. „Ich zögere“, sagt der Präsident, „mit der Aufzählung aufzuhören, denn jeden Tag werden mir von der Leitung neue Vorteile gemeldet.“

„Wie aber,“ fährt der Präsident fort, „stellt sich das Unternehmen und wie stellen sich die Aktionäre bei dieser Maßnahme? Die Liste der Vorteile für das Unternehmen ist nahezu so eindrucksvoll wie jene der Arbeiter!“ Diese Vorteile lassen sich wie folgt zusammenfassen: Erhöhte Tagesleistung der einzelnen Produktionseinheiten. Ausschaltung der Essenspausen mit ihrer Zeit- und Energieverschwendung sowie ihren Ausgaben für Kantinen usw. Erhöhter Ertrag des in den Maschinen angelegten Kapitals infolge der rationelleren Verwendung der Maschinen. Bessere Organisation der Arbeit, Herabsetzung der allgemeinen Unkosten (während die Ersparnisse im Betrieb 10 Cent per 100 Pfund hergestellte Ware betragen, beziffern sie sich für den leitenden Apparat — Büro, Unkosten — auf 25 Cent). Das Lohnproblem wurde wie folgt gelöst: „Unsere Gesellschaft untersuchte genau, wie hoch der Lohn eines Arbeiters sein muß, wenn er die gleiche Kaufkraft besitzen soll wie vor zwei Jahren, als die Preise viel höher waren. Wir stellten fest, daß, wenn der Grundlohnsatz um 12½ Prozent erhöht wird, beim 6-Stunden-Tag und der 6-Tage-Woche die Kaufkraft ungefähr die gleiche ist wie im Jahre 1928. Es wurde deshalb beschlossen, den Mindestlohn für einen männlichen Arbeiter auf 4 Dollar per Tag festzusetzen, was dem Lohn entspricht, den wir bei Handhabung des Achtstundentages zahlten (Mindestlohn von 50 Cent per Stunde, d. h. 4 Dollar per 8 Stunden).

„Ich werde,“ so sagt der Präsident weiter, „oft gefragt, welche Nachteile wir beim 6-Stunden-Tag festgestellt haben. Bis heute haben wir keine eigentlichen Nachteile festgestellt. Alle Beteiligten sind mit dem neuen System einverstanden.“

Die besagte Firma wird deshalb das neue System, trotzdem es nur als Hilfsmaßnahme zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gedacht war, auch in Zukunft aufrechterhalten!



Billige böhmische Bettfedern!

Nur reine, gutfüllende Sorten. Ein Kilo graue, geschliss. 2.50 M, halbweiße 3 M, weiße 4 M, bessere 5 M, 6 M, daunenweiche 7 M, 8 M, beste Sorte 10 M, 12 M, weiße, ungeschlissene Ruoffedern 6.50 M, 7.50 M, beste Sorte 9.50 M. Versand franko, zollfrei gegen Nachnahme. Muster frei. Umtausch und Rücknahme gestattet.

Benedikt Sachsel, Lobes Nr. 245 bei Pilsen. (Böhmen)

Vor der Flut der andrängenden Gedanken und Empfindungen hatte Gertha sich in ihr Zimmer geflüchtet. Und nun saß sie da, im Dunkel, ganz allein mit sich selber — und überlegte.

Sie hatte in diesen Tagen schon abgeschlossen gehabt mit ihrer Ehe, mit jeder Blickshoffnung. Daß Ernst ein Mensch oberflächlichen Gefühls war, das keine Reife und keinen Wert besaß, weil es jeder fremden Lockung erlag, daß er ungerecht und egoistisch war: diese bittere Erkenntnis war ein großer Schmerz. . . . Daß ihre Wege sich nun trennen sollten, war die unerbittliche Konsequenz alles dessen, was vorhergegangen war: Gut — es war aus mit Heim und Liebe. . . . Aber jetzt war etwas Neues hinzugegetreten, etwas, das über jeden persönlichen Schmerz hinausging: eine Stimme aus der Welt der Pflichten.

Wenn sie in die kalte Fremde ging, so war das ihr eigener freier Wille. Sie wußte, sie würde sich durchschlagen. Aber durfte sie dem kranken, alten Mann das Heim nehmen, das seine letzte Ruhestätte war? War sie nicht grausam, wenn sie dazu beitrug, daß er, der ihr seelisch so viel Gutes getan hatte, hinausgestoßen wurde in die kalte Lieblosigkeit irgendeines Altersheimes? —

Sie preßte die Hände an die schmerzenden Schläfen — und überlegte weiter.

Freudlos würde hinfort ihr Dasein werden; aber vielleicht wenigstens ruhig. . . . Doch nein: konnte sie ruhig sein, wenn sie den alten Mann mit dem gütigen Herzen trübselig seine letzten paar Jahre zubringend wußte?! —

Ein Gespräch mit dem Onkel fiel ihr ein, daß sie einmal, kurz nach Beendigung des Krieges, mitkommen gehabt hatten. Damals, von der Betrachtung des Leidens einzelner zum großen allgemeinen Weltleiden übergehend, hatte er ihr gesagt: Das Leben ist etwas unsagbar Trauriges. Und wir können darin nur eines tun: gut sein. . . .

Gut sein. . . . Das war das Wort, das alle Unrast und allen Schmerz in ihr zum Schweigen brachte. Mit einem Male sah sie es klar vor ihr, was zu tun ihre Pflicht war: gut sein! Einem armen leidenden Mitmenschen zuliebe sich überwinden, weitertragen, alles lassen, wie es war. . . . In diesem Bewußtsein erträgliche Befriedigung finden —

Noch einmal überschaute sie alles, wie es gekommen war. Immer ruhiger ward es in ihr. Der Schmerz wurde leise, fast unspürbar, zog sich zurück in die verschwiegengsten Winkel ihres Herzens. Und sie dachte: „Wie eine Tat ausfällt, das ist nicht das

Gesundheitspflege im Oktober

Durch einen bunten Wechsel von Sonne, Wind und Regen ist in unseren Breiten die Witterung des Monats Oktober gewöhnlich gekennzeichnet. Da heißt es besonders aufpassen, daß wir an unserer Gesundheit keinen Schaden nehmen.

Zunächst ist zu beachten, daß gerade in den Oktobertagen auch der Sonnenschein trübt! Wohl ist es mittags in der Sonne warm, aber morgens und abends meist schon recht kühl. Darum veräume man nie bei längerem Ausgang den Mantel mitzunehmen und die Kleidung überhaupt, insbesondere die Unterkleidung, der jeweils herrschenden Temperatur anzupassen. An Regentagen Sorge man besonders für einen bequemen, wetterfesten Schuh mit starken, für Wasser undurchlässigen Sohlen. Sind die Füße trotzdem naß geworden, so wechsle man, zu Hause angelangt, schleunigst Schuhe und Strümpfe, und ver-geße nicht vorher auch den Fuß sorgfältig abzutrocknen.

Gerade die nassen Füße bilden eine Hauptquelle für Erkältungen aller Art, wie sie ja im Oktober überhaupt an der Tagesordnung sind. Hierher gehören die verschiedenen rheumatischen Erkrankungen: Muskelrheumatismus, Hergenschuß u. dgl., die schmerzhaften Nervenentzündungen, wie Gesichtsnuralgien, Ischias usw., und nicht zuletzt Husten, Schnupfen und Halsentzündungen. Die einfache Halsentzündung oder richtiger Mandelentzündung, die mit Fieber, Schluckbeschwerden, Rötung und Schwellung des Rachens und weichlichen, punktförmigen Belägen der zu beiden Seiten der Gaumenbögen gelegenen Mandeln einhergeht, verläuft meist gutartig. Allein auch der leichtesten Mandelentzündung kann man es nicht von vornherein ansehn, ob sich aus ihr eine der gefährlichsten Nachkrankheiten, wie Herzkrankungen, Gelenkrheumatismus oder Nierenentzündung entwickeln wird. Auch Teilerscheinung einer anderen Erkrankung, wie z. B. des Scharlachs, kann eine Mandelentzündung sein, und endlich verbirgt sich bisweilen unter dem Bilde einer zunächst harmlos aussehenden Mandelentzündung sogar eine Diphtherie.

Darum schenke man stets auch der leichtesten Mandelentzündung die nötige Beachtung und rufe, zumal wenn Fieber vorhanden ist, unverzüglich den Arzt. Als Vorbeugungsmittel empfiehlt sich, neben sorgfältiger allgemeiner Mundpflege durch Gurgeln, Zähneputzen usw., vor allem die Verhütung vor Erkältung, soweit dies irgend möglich ist, und Abstandhalten von erkrankten Personen, durch deren Husten, Niesen, Sprechen usw. Keime verstreut und damit eine Infektionsmöglichkeit von Person zu Person geschaffen wird. Gleiche Aufmerksamkeit zur Vermeidung von Krankheitsübertragung verlangen schließlich auch die von Kranken benutzten Ez- und Trinkgeräte, die besonders gekennzeichnet und nach Benutzung sorgfältig mit heißem Sodawasser gereinigt werden müssen.

Dr. L. R.

Das Recht der Frau in der Ehe

Auf dem kürzlich stattgefundenen Deutschen Juristentag in Lübeck wurde die Frage erörtert, inwieweit das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB.) einer Umgestaltung bedürfe, damit das Recht der Frau in der Ehe gemäß der Entwicklung und den Bestimmungen der Reichsverfassung gewährleistet wird. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand ein Vortrag der Frau Dr. Marianne Weber. Die Vortragende erklärte, daß das patriarchalische System in der Ehe auf einer uralten kulturellen Tradition

beruht, die bis zu dem biblischen Mythos zurückreicht. Die wirtschaftliche Entwicklung und die gegenwärtige Stellung der Frau im Gesellschaftsleben hat gegen die Patriarchalordnung in der Ehe entschieden. Nicht nur die Tatsache, daß die Frau in zahllosen Fällen genötigt ist, ihr Brot außerhalb der Ehe zu verdienen, hat der alten Ehe ihr Ende bereitet, es hat sich auch ein neues Eheideal durchgesetzt, das von der Gleichberechtigung zweier in Liebe und Lebensgemeinschaft verbundener, sittlich gleichwertiger und selbstverantwortlicher Menschen ausgeht. Dieses neue Ideal verbietet nicht jede Unterordnung der Frau unter den Willen des Mannes. Die freiwillige Unterordnung ist jedoch etwas anderes als die von der Rechtsprechung erzwungene. Das alte Rechtssystem hat von jeher das Lebensglück zahlreicher Frauen unnötig beeinträchtigt und ihre Entwicklung zur Selbständigkeit verhindert. Die Selbstmündigkeit der Frau und ihre volle Mitverantwortlichkeit für die Gestaltung der ehelichen Lebensgemeinschaft sind die Voraussetzungen, auf denen sich die Ehe und das Recht derselben aufzubauen hat. Deshalb sind einseitige Autoritätsentscheidungen nicht mehr denkbar. Bei Interessenkonflikten sind vielmehr nur freiwillige Vereinbarungen und freiwillige Unterordnungen mit dem sittlichen Wesen der Ehe vereinbar. Frau Marianne Weber kommt aus alledem zu der Forderung einer Neuschaffung des Familienrechts. Der Gesetzgeber muß nicht nur auf die sachlichen Erfordernisse der Ehegemeinschaft, sondern auch auf die besondere Schutzbedürftigkeit der Frau Rücksicht nehmen. Die Frau muß ein Recht erhalten auf ein bestimmtes den Familieneinkünften entsprechendes Haushaltsgeld, und ein Sondergeld für ihre persönlichen Bedürfnisse, damit sie nicht vom Belieben des Mannes abhängig ist. Nach der Aussprache, an der sich mehrere Frauen beteiligten, wurden folgende Leitsätze zur Umgestaltung des BGB. angenommen:

Die das Rechtsverhältnis der Ehegatten und Eltern regelnden Teile des Familienrechtes des BGB. können nicht nur wegen der in der Reichsverfassung ausgesprochenen Gleichstellung der Geschlechter nicht mehr aufrechterhalten werden; auch die veränderte wirtschaftliche, soziale und kulturelle Funktion der Frau verlangt dieses. Die Durchsetzung dieses Grundgesetzes erfordert die Aenderung der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen auf dem Gebiet des persönlichen Eherechts, des Güterrechts, der eiterlichen Gewalt bei bestehender und aufgelöster Ehe und des Vormundschaftsrechts.

Diesen Forderungen ist zuzustimmen. Die rechtlichen Grundlagen einer Gemeinschaft müssen den tatsächlichen Verhältnissen entsprechen.

Großer Preisabbau!
Billige böhmische Bettfedern



1 Pfd. graue, gute, geschliffene Bettfedern 70 A, best. Qual. 90 A halbweiße, flaumige 1.20 A, weiße, flaumige geschliff. 1.50 A, 1.90 A, 2.50 A, feinste geschliff. Halbflaum-Herrschafte Federn 3., 4., 5. A. Aufpfebern ungeschliffen, mit Flaum gemengt, halbweiß 1.35 A, weiß 2.25 A, allerfeinst Flaumzug 3.25 A, 4.25 A. Mäntel und Preisliste kostenlos. Versand jeder Menge zollfrei gegen Nachnahme. Von 10 Pfund an franco. Nichtpassendes wird ungetauscht oder Geld zurück.

3 Benison in Frau K. Amerika ulice Nr 902 Böhmen

Unserer lieben Kollegin
Sophie Stratmann
in Isenstedt, nebst Gemahl
Heinrich Vogt
aus Isenstedt, zu ihrer am 18. Sept. stattgefundenen **Hochzeit** die herzlichsten Glückwünsche!
Die Kolleginnen und Kollegen von Isenstedt
(Verwaltungsstelle Lübecke)

Verdienst, sondern das Glück — oder das Unglück dessen, der sie tut . . .

Ganz einfach und klar lag nun ihr Weg vor ihr: er war der Pfad der Entsagung, der Veröhnung, der Resignation . . .

Sie machte Licht. Die altvertraute Umgebung schien ihr eine stumme Bekräftigung ihres Entschlusses zuzurauen. Ihr war jetzt seltsam leicht zumute nach all den überstandenen Seelenkämpfen.

So ging sie ins Wohnzimmer hinüber . . .

Ernst saß neben dem Oheim, als sie eintrat. Er war gerade vorher gekommen; sein Gesicht sah unbehaglich und gedrückt aus. Noch hatte Onkel Josef nichts gesagt — das sah Hertha auf den ersten Blick. Ihr Kommen hatte nur ein lastendes Schweigen unterbrochen.

Sie ging gerademwegs auf ihren Mann zu und sah ihm fest in die Augen. Einen Moment lang zögerte sie noch. — Dann sagte sie leise, mit dem gewohnten sanften Klang in der Stimme: „Hör mich an, Ernst, ich habe meinen Entschluß gefaßt — geändert vielmehr —“

Sie sah ein Aufleuchten in den Augen des Mannes, der nach ihrer Hand griff. Sie ließ sie ihm, indem sie fortfuhr: „Es soll

alles so bleiben, wie es war. Laß uns einen neuen Anfang versuchen . . .“

Ihr Blick ging über Ernst hinweg zum Onkel. Der sah sie mit einem großen, verstehenden Blick an, wollte etwas sagen, konnte nicht. — — —

„Hertha!“ stammelte Ernst. Es fiel von ihm wie Zentnerlasten. Sie vergab! — Sie blieb. — Oh, er würde es schon verstehen, sie aufs neue zu gewinnen! Und er hielt ihre kühlen Finger fest und beugte sich darüber. „Du grollst mir nicht mehr? Du vergißt?“ —

Sie versuchte ein müdes Lächeln. „Ja, Ernst! Laß uns nie mehr von diesen schrecklichen Tagen sprechen — laß uns versuchen, zu vergessen . . .“

Und mit einer raschen Bewegung machte sie sich von ihm los. Sie ging zu Onkel Josef hinüber und nahm die zitternden, alten Hände, die sich ihr entgegenstreckten. Der da brauchte sie . . . Um seinetwillen . . . Man lebt nur für andere — nie für sich selber. — — —

Dies alles zog durch ihre Seele, während sie mit einem wehmütigen Lächeln sagte: „Wir bleiben beisammen . . .“

— Ende —